

Hefte aus Burgscheidungen

---

Gerald Götting

Gute Planerfüllung ist die  
beste Außenpolitik



108

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

---

Gerald Götting

Gute Planerfüllung ist die  
beste Außenpolitik

1964

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

*Dieses Heft bringt den vollständigen Text des Referats, das Gerald Götting als Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der DDR, auf dessen öffentlicher Sitzung am 24. Februar 1964 im VEB Farnefabrik Wolfen gehalten hat*

Die größte nationale Aufgabe des deutschen Volkes ist die Sicherung des Friedens. Davon geht der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in seiner Programmatischen Erklärung vom 4. Oktober 1960 vor der Volkskammer, die durch Beschluß der obersten Volksvertretung zur grundlegenden Richtlinie unserer Staatspolitik wurde, aus. Walter Ulbricht sagte in diesem Zusammenhang: „Es ist die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik, gemeinsam mit den friedliebenden Kräften in Westdeutschland den Krieg aus dem Leben des deutschen Volkes ein für allemal zu verbannen. Das ist eine Aufgabe von nationaler und europäischer Bedeutung und auch von Weltbedeutung.“ Wesen und Inhalt, Formen und Methoden der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik werden von der Erfüllung dieser Aufgabe bestimmt.

In der ganzen Breite und Vielfalt des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens in den beiden deutschen Staaten treten die grundverschiedenen Traditionen der deutschen Geschichte immer sichtbarer in Erscheinung. Das gilt für den Bereich der Wirtschaft, der Kultur, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Justiz in gleicher Weise wie für die auswärtigen Beziehungen. Die Außenpolitik unseres Arbeiter- und Bauern-Staates hat ihre Wurzeln in den von der deutschen Arbeiterklasse, von allen wahrhaft patriotischen Deutschen und den Großen unserer Geistesgeschichte gewahrten und weiterentwickelten Traditionen echten Humanismus, der Menschenliebe und Völkerfreundschaft, der Achtung vor der Menschenwürde, vor der Kultur und Leistung eines jeden anderen Volkes. In der Außenpolitik des westdeutschen Staates dagegen widerspiegeln sich die Traditionen der deutschen Militaristen und Revanchisten, der reaktionären „Herrenmenschen“, der Unterdrücker und Ausbeuter fremder Völker.

Wenige Wochen nach Bildung des Staatsrates hat sein Vorsitzender, Walter Ulbricht, vor den in der Deutschen Demokratischen Republik akkreditierten diplomatischen Vertretern und Leitern der Handelsvertretungen eine Erklärung über die Grundsätze unserer Außenpolitik abgegeben und überzeugend dargelegt, daß diese vom Geiste des Friedens, der Abrüstung, der friedlichen Koexistenz und der Freundschaft mit allen Völkern bestimmt wird. Welche Bedeutung die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der friedlichen Koexistenz, als dem fundamentalen Prinzip zur Abwendung eines Krieges, zur Sicherung des Friedens, zur Förderung der Abrüstung, zur Unterstützung des Befreiungskampfes der kolonial unterdrück-

ten Völker und abhängigen Staaten beimißt, wird erneut darin sichtbar, daß unsere Regierung der 18. Vollversammlung der Vereinten Nationen ein Dokument zu Fragen der friedlichen Koexistenz zuleitete. Sie leistete damit einen aktiven Beitrag zur völkerrechtlichen Kodifizierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, um die sich die friedliebenden Kräfte in den Vereinten Nationen gegen die durchsichtigen Argumente westlicher Delegationen bemühen.

Mit der außenpolitischen Grundsatzserklärung, die den meisten Staaten der Erde übermittelt wurde, manifestierte der Staatsrat zu Beginn seiner umfangreichen, aktiven außenpolitischen Tätigkeit, daß die Deutsche Demokratische Republik der erste Friedensstaat in der deutschen Geschichte ist. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß sie besonders in den jungen Nationalstaaten und bei den um ihre Freiheit von imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung ringenden Völkern ein starkes Echo fand. In dieser Erklärung entwickelte Walter Ulbricht die Grundprinzipien der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik und charakterisierte ihr Wesen und ihren Inhalt. Sie finden ihren Ausdruck

- zu den sozialistischen Ländern in Verhältnissen von Staaten, die sich auf der Grundlage der Gleichberechtigung unter Wahrung ihrer Souveränität zu brüderlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe zusammengeschlossen haben,
- auf der festen Grundlage der friedlichen Koexistenz zu den neutralen Staaten und zu den anderen Staaten in Beziehungen neuen Typs, die auf der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der Herstellung gegenseitiger Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis des beiderseitigen Nutzens beruhen, sowie
- zu den jungen Nationalstaaten und den um ihre Freiheit ringenden Völkern in Verhältnissen der allseitigen Unterstützung im schweren Kampf um die politische und ökonomische Befreiung.

Von diesen Grundsätzen war, ist und wird die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik bestimmt. Diese Politik, unsere Taten für den Frieden und – nicht zuletzt – das ökonomische Wachstum unserer Republik steigern das Ansehen des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Welt in zunehmendem Maße. Je gefestigter unser Friedensstaat ist, desto stärker ist seine Ausstrahlung. Je größer unsere ökonomischen Leistungen sind, desto überzeugender machen wir unsere Republik zum Beispiel für das künftige friedliebende Deutschland. Diese notwendige Einsicht gilt es noch mehr allen Werktätigen bewußt zu machen und sie dadurch noch besser zu einem auf die Verwirklichung dieser Erkenntnis gerichteten

Handeln zu befähigen. Denn für alle Bürger gilt die Verpflichtung, daß die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik Inhalt, Formen und Methoden der Arbeit jedes einzelnen bestimmen muß. So wird jeder Werktätige selbst zu einem Diplomaten und einem Mitträger der Außenpolitik unseres Staates.

Die Einheit und Geschlossenheit im Denken und Handeln aller gesellschaftlichen Kräfte der DDR, geführt von der Arbeiterklasse und ihrer Partei, sind bei der Durchsetzung der Politik unserer sozialistischen Staatsmacht in der gegenwärtigen Situation von besonderer Bedeutung, weil die imperialistischen und militaristischen Kräfte im westdeutschen Staat zur Zeit alles daransetzen, auf dem Wege über die Beteiligung an einer multilateralen Kernstreitmacht der NATO die vertraglich gesicherte Mitverfügung über Atomwaffen zu erhalten, um diese Mitverfügung in der Praxis – unter Mißachtung völkerrechtlicher Vereinbarungen – zu einer Alleinverfügung auszuweiten. Darin liegen die immanente Gefahr eines verheerenden Atomkrieges und eine Bedrohung des Bestandes unserer Nation. In unserem Bemühen, eine solche Entwicklung durch eine den Lebensinteressen der deutschen Nation dienende Politik des Friedens, der Entspannung und der Verständigung zu verhindern, sind die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland mit uns solidarisch.

Die wachsende politisch-moralische Einheit unseres Volkes, die Einheit zwischen Staatsführung und Werktätigen zeigt auch die heutige öffentliche Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik im VEB Farbenfabrik Wolfen. Niemals gab es das im alten Deutschland, niemals ist es in Westdeutschland denkbar, daß der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der obersten Volksvertretung eine Sitzung in einem Betrieb durchführt, um im unmittelbaren Gespräch mit den Werktätigen, mit den Wählern, die Fragen der Außenpolitik, die Fragen der Entspannung, der Verständigung zwischen den Völkern und damit der Sicherung des Friedens zu beraten. Am Beispiel der heutigen Tagung erweist sich die ganze Weite unserer sozialistischen Demokratie, das wahre Wesen unseres Staates, das der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, in seinem Referat auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit den Worten charakterisierte:

*„Mit der Deutschen Demokratischen Republik gibt es zum erstenmal in der deutschen Geschichte einen Staat der werktätigen Menschen, einen Staat des Volkes. Seine gesamte Tätigkeit in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft diene und dient der Sicherung des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit.“*

*keit, der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums, der Entwicklung sozialistischer Beziehungen zwischen den Menschen und eines kulturreichen Lebens für alle seine Bürger. Unser Staat ist für das Volk da. Er schützt und wahrt seine, des Volkes, Interessen, er dient dem Wohle des Volkes.“*

Die Außenpolitik der sozialistischen Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik ist auf die bewußte Verwirklichung der objektiven Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der gegenwärtigen Epoche gerichtet, einer Epoche, deren Hauptinhalt der mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist. Der Kampf der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, der Kampf der Kräfte des Sozialismus, des Friedens und der Demokratie gegen die Kräfte des Imperialismus, der Reaktion und der Aggression, bestimmt heute auch die Entwicklung der internationalen Beziehungen. Er steht im Zeichen sozialistischer Revolutionen und nationaler Befreiungsrevolutionen, des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus. In diesem Prozeß des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab wird auch das Hauptmerkmal unserer Zeit, das darin besteht, daß das sozialistische Weltssystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird, immer deutlicher sichtbar.

Der wachsenden Rolle und Bedeutung des sozialistischen Weltsystems steht eine neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus gegenüber. Diese neue Etappe weist insofern eine Besonderheit auf, als sie nicht das Ergebnis eines Weltkrieges ist, sondern unter den Bedingungen der Durchsetzung und Festigung des Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und des wirtschaftlichen Wettbewerbs der sozialistischen Länder mit den kapitalistischen Ländern entstand. In dieser neuen Etappe verschärfen sich die Widersprüche in der imperialistischen Welt, besonders im Zusammenhang mit den ökonomischen Problemen. Das hat eine Ursache in der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der imperialistischen Länder, durch die die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze eine Zuspitzung erfahren. Sie zeigt sich in dem Aufeinanderprall der Interessengegensätze in der EWG ebenso wie bei den jüngsten Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Johnson und dem britischen Premierminister Douglas-Home, die durch das Festhalten Großbritanniens am Kuba-Handel mit einer herben Enttäuschung für die USA endeten.

Ein weiteres prägnantes Beispiel dafür aus der jüngsten welt-

politischen Entwicklung ist die Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich. Diesen Schritt hat de Gaulle ganz offensichtlich unter dem Druck der ökonomischen und politischen Macht der französischen Monopolbourgeoisie getan.

Eine wesentliche Ursache für die immer offensichtlicher werdenden Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten ist vor allem das Tempo des industriellen Wachstums der Sowjetunion und der sozialistischen Länder, das schneller ist als das der imperialistischen Staaten. Walter Ulbricht weist in seiner Rede vom 3. Januar 1964 darauf hin, daß sich der Abstand zwischen den USA und der Sowjetunion im Ausmaß der industriellen Entwicklung außerordentlich vermindert: „Man kann schon errechnen, wann die Sowjetunion die USA einholen und überholen wird.“ Daran erkennen Sie den unlösbaren Zusammenhang zwischen Politik und Ökonomie im weltpolitischen Maßstab.

Im Gegensatz zu jenen Erscheinungen in der imperialistischen Welt geht die Entwicklung der sozialistischen Länder erfolgreich voran. Das sozialistische Weltssystem wird mehr und mehr zum entscheidenden Entwicklungsfaktor in der Welt. Die wachsende Stärke des sozialistischen Weltsystems findet ihren Ausdruck in einer zunehmenden Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus.

Die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus bestimmen die Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern. Sie sind das Unterpfand für die Macht und Unbesiegbarkeit jedes einzelnen sozialistischen Landes und des sozialistischen Lagers in seiner Gesamtheit. Unsere Beziehungen zu den Ländern des sozialistischen Lagers, der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft freier, souveräner Völker, sind gekennzeichnet durch das feste Band der internationalen sozialistischen Solidarität, durch die Einheit der gemeinsamen Interessen und Ziele. Im Zeichen völliger Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils, kameradschaftlicher Zusammenarbeit, gegenseitiger Hilfe und brüderlicher Freundschaft vervollkommen die Deutsche Demokratische Republik allseitig ihre wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten und trägt so zur Stärkung des eigenen Landes, der anderen sozialistischen Staaten und des sozialistischen Lagers als Ganzes bei.

Durch den Zusammenschluß der sozialistischen Staaten zu einem Weltssystem hat sich eine internationale Kraft herausgebildet, die den Völkern der Welt die Hoffnung gibt, daß der Krieg abgewendet und der Frieden erhalten und gesichert werden kann. Bei der Lösung des brennendsten Problems unserer Zeit, des Problems von Krieg und Frieden, kann das

sozialistische Weltlager auf die Unterstützung durch die internationale Arbeiterklasse, durch die nationale Befreiungsbewegung, durch alle Länder, die gegen den Krieg auftreten, durch alle friedliebenden Kräfte rechnen. Den Versuchen der imperialistischen Aggressoren, einen Krieg zu entfesseln, setzt die friedliebende Menschheit ihren Kampf gegen die Gefahr eines Raketen- und Kernkrieges, für die allgemeine und vollständige Abrüstung, für die Festigung des Friedens entgegen. Die Rolle, welche eine Regierung in diesem Kampfe spielt, wird vor dem Hintergrund der Geschichte der entscheidende Prüfstein dafür sein, ob diese Regierung dem Wohle und dem Glück der Menschheit gedient hat. Die sozialistischen Staaten brauchen das Urteil der Geschichte nicht zu fürchten.

Ich darf Sie daran erinnern, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien von ihrer Beratung im November 1960 in Moskau einen Appell an alle Völker der Welt gerichtet haben, in dem sie diese im Gefühl der Verantwortung für die Geschicke der Menschheit zum allumfassenden Kampf für den Frieden, gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges aufriefen. Auf die Frage, ob ein dauerhafter Weltfriede möglich ist, gaben sie die Antwort: „Der Krieg ist nicht unvermeidlich, der Krieg kann abgewendet, der Friede behauptet und gefestigt werden!“

Einen historischen Beitrag für die Erhaltung und Sicherung des Friedens hat die Sowjetunion geleistet, indem sie der 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen ein Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unterbreitete. Die vom sowjetischen Ministerpräsidenten N. S. Chruschtschow auf dieser denkwürdigen Sitzung der Vereinten Nationen begründeten Grundsätze eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung sind inzwischen zur Magna Charta aller Abrüstungsbemühungen in der Welt geworden; sie entsprechen in vollem Umfange den friedlichen und nationalen Interessen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und auch der Bevölkerung Westdeutschlands. Sie stehen auch in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Deutschen Demokratischen Republik über allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland in drei Etappen, die unsere Regierung dem deutschen Volk und der 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen unterbreitete.

Dieser Drei-Etappen-Abrüstungsplan des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates ist zugleich ein Beitrag zur Verwirklichung der Forderung der Anti-Hitler-Koalition nach einem entmilitarisierten, friedliebenden Deutschland und der humanistischen Ziele der Charta der Vereinten Nationen. Er ist somit Ausdruck der konsequenten Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik und Wegbereiter für die Her-

stellung der militärischen Neutralität beider abgerüsteter deutscher Staaten. In seiner Erklärung vor dem Diplomatischen Korps über die Grundsätze unserer Außenpolitik führte der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in diesem Zusammenhang aus:

*„Gestützt auf die humanistischen Traditionen des deutschen Volkes sind wir der Meinung, daß das deutsche Volk in der Frage der Abrüstung allen Anlaß hat, voranzugehen, hier auf dem blutgetränkten Boden Europas einen guten Anfang zu machen, der nicht nur dem deutschen Volk, sondern allen Völkern Europas Frieden und Sicherheit bringen würde... Wir sind der Ansicht, daß das deutsche Volk Größe und unvergänglichen Ruhm niemals mehr auf dem Schlachtfeld suchen darf, sondern daß es seine Größe und seinen Ruhm allein auf dem Felde der Wissenschaft und der Kultur, der Wirtschaft und der sozialen Leistung finden kann. Hierin, im edlen friedlichen Wettstreit mit den anderen Völkern gemeinsam die ganze Menschheit vorwärtszubringen, sehen wir das größte und schönste Ziel, das sich die deutsche Nation nur setzen kann, ein Ziel, das zu erreichen jede Anstrengung lohnt...“*

Zu Beginn des Jahres 1964 können Millionen Menschen, denen die Erhaltung des Friedens nicht nur Lippenbekenntnis, sondern Sache des Herzens ist, mit Befriedigung feststellen, daß sich nach dem Abschluß des Moskauer Vertrages, des Abkommens über das Verbot von Kernwaffenversuchen in drei Bereichen, günstige Voraussetzungen und Bedingungen für eine weitere internationale Entspannung entwickelt haben. Im Zusammenhang mit dem Zustandekommen des Moskauer Vertrages zeigt sich ebenfalls ein Widerspruch unter den Monopolkapitalisten. Da jeder Krieg zwischen Staaten oder Staatengruppen die Gefahr der Ausweitung zu einem nuklearen Weltkrieg in sich birgt, dämmert bei den einsichtigeren Kräften die Überzeugung, daß eine Minderung der Spannungen nützlich und notwendig ist.

Die Deutsche Demokratische Republik gehörte in konsequenter Fortsetzung ihrer seit dem ersten Tage ihres Bestehens deklarierten und praktizierten Politik des Friedens und der Verständigung zwischen den Völkern mit zu den ersten Signatarstaaten des Moskauer Abkommens. Mit dem Beitritt zum Moskauer Teststopp-Vertrag ist das internationale Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik weiter gewachsen; seine völkerrechtliche Anerkennung hat dadurch eine große Stärkung erfahren. Wir werten diesen Vertrag als einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung der Ausweitung des atomaren Wettrüstens, dem insofern eine besondere Bedeutung zukommt, als die darin eingegangenen Verpflichtungen — über in gleicher Richtung weisende UN-Resolutionen hinaus — in

der völkerrechtlichen Sphäre zwischenstaatlicher Vereinbarungen fixiert werden.

Diese auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens gerichtete Entwicklung, die dem Wunsche aller Menschen guten Willens entspricht und für deren Durchsetzung sich in vielen Ländern alle humanistischen Kräfte zusammenschließen, wird durch das Projekt zur Schaffung einer multilateralen Kernstreitmacht der NATO am meisten gefährdet. Die spezifische Gefahr einer multilateralen Kernstreitmacht der NATO liegt darin begründet, daß dem westdeutschen Staat über die Mitverfügungsgewalt der Zugang zu den Schalthebeln dieser Waffen eröffnet würde. Eine derartige Mitverfügung über Kernwaffen würde in bezug auf Westdeutschland einen besonders schwerwiegenden Akzent erhalten, weil die westdeutsche Bundesrepublik als einziges europäisches Land die bestehenden Grenzen nicht anerkennt, umfassende Gebietsforderungen stellt und in diesem Zusammenhang die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges fordert. Daraus geht hervor, daß in der Beteiligung der westdeutschen Bundesrepublik an einer multilateralen Kernstreitmacht der NATO eine große Gefahr für die Staaten in Deutschland und für den Frieden in Europa nicht nur potentiell, sondern tatsächlich begründet liegt.

Mehr denn je ist es zu diesem Zeitpunkt notwendig, daß die verantwortungsbewußten, friedliebenden Kräfte machtvoll ihre Stimme gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr erheben. Daher appellierte auch der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer an alle Staaten und Völker der Welt, insbesondere an die Abgeordneten in allen Parlamenten und unter ihnen in erster Linie an die Parlamentarier in den NATO-Staaten, den westdeutschen Militaristen den Zugriff zu den gefährlichen Massenvernichtungswaffen zu verwehren und ein Abkommen über die Nichtweitergabe von Kernwaffen zu unterstützen.

Mit Befriedigung können wir feststellen, daß die Einsicht in die verhängnisvolle Rolle einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO auch in den NATO-Staaten selbst wächst. So äußerte zum Beispiel der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak in einem Presse-Interview in Tokio, er sei sich bewußt, daß eine multilaterale Atomstreitmacht der NATO die Bemühungen um Entspannung erschweren würde. Zum gleichen Zeitpunkt bekräftigte der belgische Verteidigungsminister Segers vor der Abgeordnetenkammer seines Landes erneut, daß sich Belgien nicht an einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht beteiligen werde. Die verzweifelten Bemühungen der westdeutschen Regierung hingegen, das Projekt einer multilateralen Kernstreitmacht der Nordatlantikpakt-Organ-

sation zu verwirklichen und auf diesem Wege den westdeutschen Militaristen die Einstiegluke zum Verfügungsrecht über Atomwaffen zu öffnen, gehen sogar so weit, durch bewußt falsche Wiedergabe in der Übersetzung des Kommuniqués über die jüngst in Rom zwischen dem westdeutschen und dem italienischen Regierungschef geführten Besprechungen der italienischen Regierung die Bereitschaft, mit der westdeutschen Bundesrepublik beim Zustandekommen der multilateralen Atomstreitmacht zusammenzuwirken, zu unterstellen. Eine solche Bereitschaft ist in Wirklichkeit überhaupt nicht vorhanden.

Das alles zeigt doch mit aller Deutlichkeit einerseits, wie sehr im Ergebnis des Kampfes der friedliebenden Kräfte der Widerstand gegen die multilaterale Kernstreitmacht der NATO wächst, und andererseits, wie besessen die westdeutsche Regierung von diesem Projekt ist, wenn sie in der Sphäre des zwischenstaatlichen diplomatischen Verkehrs auf höchster Ebene zu derartigen Manipulationen greift. — Wie anders ist da das Echo auf Vorschläge der führenden Staatsmänner der sozialistischen Staaten, die der Abrüstung, der Entspannung, der Verständigung und damit dem Frieden dienen!

In seiner Botschaft vom 31. Dezember 1963 an die Staats- und Regierungschefs der Staaten der Erde schlug der sowjetische Ministerpräsident N. S. Chruschtschow vor, einen Vertrag über Verzicht auf Gewaltanwendung bei territorialen Streitfragen abzuschließen. Das entspricht voll und ganz der in der weltpolitischen Arena weithin feststellbaren Überzeugung, daß die Erfolge, die im Jahre 1963 im Sinne einer weltweiten Entspannung erzielt wurden, ausgebaut werden müssen und man bei dem bisher Erreichten nicht stehenbleiben darf. Das ist auch in der kapitalistischen Welt der Standpunkt vieler führender Staatsmänner. Nur reicht es nicht aus, es bei abstrakten Beteuerungen zu belassen; konkrete Taten für den Frieden müssen folgen.

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, hat in seiner Antwort an den sowjetischen Ministerpräsidenten betont, daß ein solcher Vertrag über Gewaltverzicht bei territorialen Streitigkeiten den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes und den Prinzipien unserer Außenpolitik ebenso entspricht wie den persönlichen Belangen jedes friedwilligen Deutschen.

Die neue Friedensinitiative der Sowjetunion hat aber nicht nur in den sozialistischen Staaten, sondern auch in den jungen Nationalstaaten, in den neutralen Staaten und ebenso in den NATO-Staaten einen starken Widerhall gefunden. In seinem Antwortschreiben erklärt Ministerpräsident Nehru das Ein-

verständnis der indischen Regierung, ein internationales Abkommen über den Gewaltverzicht bei der Lösung territorialer Streitfragen abzuschließen. Der irakische Staatspräsident Aref betont in seiner Antwort auf die Botschaft, daß die Verpflichtung, auf Gewaltanwendung zu verzichten sowie Grenz- und Gebietsstreitigkeiten friedlich beizulegen, „dazu beitragen wird, die Ursachen zu beseitigen, die zu einem Weltkrieg führen können“.

Positive Antworten liegen weiter vor vom Premier Ceylons, Frau Sirimavo Bandaranaike, vom kambodschanischen Staatsschef, Prinz Norodom Sihanouk, vom algerischen Vizepräsidenten Said Mohammedi, vom finnischen Staatspräsidenten Kekkonen, vom Bundesrat der Schweiz u. a. m. Der britische Premierminister, Sir Douglas-Home, bekundete das Interesse seiner Regierung an Verhandlungen über die Verwirklichung der Vorschläge Chruschtschows und stimmte der Auffassung des sowjetischen Ministerpräsidenten zu, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung die einzige endgültige Lösung für das Problem der Friedenssicherung darstellt. Wörtlich führt er in seiner Antwort aus: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß wir nur vorankommen, wenn wir stufenweise vorgehen und so allmählich ein gegenseitiges Vertrauen und die Kenntnis der behandelten Probleme entwickeln.“

Diese Erkenntnis eines führenden Staatsmannes der westlichen Welt von der Notwendigkeit, auf dem Wege der Abrüstung, der Entspannung, der Verständigung stufenweise vorzugehen und ein gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln, ist höchst bedeutsam; sie hat aber leider unter dem Druck der Bonner Ultras noch keinen Eingang in die Denk- und Handlungsweise der westdeutschen Regierung gefunden. Das beweist die Reaktion des westdeutschen Regierungschefs auf die neue große Friedensinitiative unseres Staatsratsvorsitzenden, den Brief Walter Ulbrichts an den westdeutschen Kanzler vom 6. Januar 1964 mit dem Vorschlag, zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik einen Vertrag über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen abzuschließen.

Um die Verwirklichung dieses in erster Linie humanitären Anliegens nicht an politischen oder rechtlichen Vorbehalten scheitern zu lassen, schreibt Walter Ulbricht: „Falls Sie den Wunsch haben sollten, eine Präjudizierung der staatlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu vermeiden, so bin ich im Interesse der Sache bereit, einer Regelung zuzustimmen, die diesem Standpunkt Rechnung tragen würde. In der Frage Krieg oder Frieden dürfen wir uns nicht von Prestigeinter-

essen, nicht von Fragen gegenseitiger Anerkennung leiten lassen, sondern unser ganzes Handeln muß von den Lebensinteressen der deutschen Nation bestimmt werden.“

Selbst ein so weitgehender Vorschlag unseres Staatsratsvorsitzenden, der dem Streben entspricht, die Furcht vor einem Kernwaffenkrieg von den deutschen Menschen zu nehmen und den Graben zwischen beiden deutschen Staaten nicht noch durch eine Kernwaffenrüstung Westdeutschlands zu vertiefen, bleibt von der westdeutschen Regierung unbeantwortet. Das unheilvolle Festhalten an der „Hallstein-Doktrin“, an der von der politischen Praxis, vom Leben längst widerlegten These von der „Nichtexistenz“ der Deutschen Demokratischen Republik, und dem daraus resultierenden, irrealen Anspruch auf Alleinvertretung aller Deutschen durch den westdeutschen Staat, sowie der Druck der Bonner Ultras imperialistischer und militärischer Prägung lassen die westdeutsche Regierung in dieser historischen Stunde schweigen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einen kurzen Hinweis, der die ganze Widersinnigkeit des Festhaltens an der Hallstein-Doktrin, an der Behauptung von der Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik zeigt. Wir können mit Fug und Recht behaupten: Die Deutsche Demokratische Republik ist anerkannt. Der deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat unterhält mit vielen Staaten der Welt Beziehungen auf der Ebene von Botschaften, Gesandtschaften, Generalkonsulaten, Handelsvertretungen usw. So wurden mit zwölf Staaten Botschaften ausgetauscht, mit der Sowjetunion, Polen, der ČSSR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, der Mongolei, China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Demokratischen Republik Vietnam und Kuba. Die Volksrepublik Sansibar hat Ende Januar die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik ausgesprochen und inzwischen unserem Botschafter das Agrément erteilt. Diplomatische Beziehungen auf Gesandtschaftsebene bestehen mit der Föderativen Republik Jugoslawien.

Ein Beauftragter unserer Regierung im Botschafterrang befindet sich in der Vereinigten Arabischen Republik. In Burma, Indonesien, dem Irak, im Jemen, in Kambodscha, in der Vereinigten Arabischen Republik und zuletzt in Ceylon errichtete die Deutsche Demokratische Republik Generalkonsulate sowie ein Konsulat in Syrien. Handelsvertretungen auf Regierungsebene bestehen in Ghana, dem Libanon, in Marokko und dem Sudan und ebensolche mit konsularischen Rechten in Algerien, Finnland, Guinea, Indien und Mali.

Dazu kommen eine Vertretung des Außenhandelsministeriums in Tunesien und Vertretungen auf Grund von Verein-



barungen zwischen den Staatsbanken in Brasilien, Kolumbien und Uruguay, ferner Vertretungen der Kammer für Außenhandel in Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden, der Türkei. Schließlich sind unsere Handelsbüros in Frankfurt (Main) und Düsseldorf zu nennen.

Wenn sich Bonn angesichts dieser Tatsachen anmaßt, für alle Deutschen auftreten zu wollen, gibt es sich selbst der Lächerlichkeit preis. Es ignoriert, daß die Hallstein-Doktrin in der Praxis der internationalen Beziehungen durch die auf Entspannung, Völkerverständigung und Festigung des Friedens gerichtete Politik der Deutschen Demokratischen Republik ad absurdum geführt wurde.

Diese Erkenntnis scheint sich aber auch in der Bonner Regierung selbst durchzusetzen, auch wenn man sich zur Zeit noch scheut, der Hallstein-Doktrin ex officio abzuschwören. Denn in der Bonner Staatspraxis werden in jüngster Vergangenheit konkrete Schritte unternommen, die ein Abgehen der westdeutschen Regierung von der Hallstein-Doktrin erkennen lassen. Ich meine die Erreichung von Handelsmissionen des westdeutschen Staates in einigen sozialistischen Ländern Europas.

Welche Bedeutung die maßgeblichen Männer der Bonner Regierung der Errichtung dieser sogenannten Handelsmissionen beimessen, wird an einer Bemerkung des Bonner Vizekanzlers Mende vom 30. November 1963 deutlich. Er sagte: „Die Einrichtung von Handelsmissionen in Polen, Ungarn, Rumänien und in Kürze auch in der Tschechoslowakei sowie in Bulgarien ist eine eminent politische Angelegenheit.“ Noch deutlicher wurde der Bonner Außenminister Schröder auf der Tagung der „Westeuropäischen Union“ in London. Er erklärte rundheraus, daß er für die Ausnutzung wirtschaftlicher Beziehungen zu politischen Erpressungen gegenüber allen sozialistischen Ländern ist.

In seinem Interview mit der indischen Wochenzeitung „Blitz“ unterstreicht der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär Otto Winzer, mit Recht, daß es durchaus folgerichtig ist, wenn die westdeutsche Presse feststellt, die Leiter dieser Handelsmissionen seien die offiziellen Repräsentanten der Bundesrepublik in den Hauptstädten, in denen die Deutsche Demokratische Republik nunmehr seit 14 Jahren durch Botschafter vertreten ist. Bemerkenswert ist vor allem – und darauf weist Otto Winzer in dem erwähnten Interview hin –, daß mit dieser Entwicklung eine in vielen nichtpaktgebundenen Staaten vertretene Auffassung bestätigt

wird, nach der die Bonner Regierung die Hallstein-Doktrin für sich selbst abgeschrieben hat, die gleiche Doktrin, die sie anderen Ländern ständig von neuem aufzwingen möchte.

Genau betrachtet gibt die Bonner Regierung die Hallstein-Doktrin dort auf, wo es für sie von Nutzen ist. Wenn es dagegen um eine Antwort auf die neue große Initiative des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, um eine Stellungnahme zu dem Entwurf eines Vertrages zwischen beiden deutschen Staaten über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen geht, dann muß die Hallstein-Doktrin wieder erhalten, um ein Schweigen zu „rechtfertigen“, das in Wirklichkeit nur die Bestätigung dafür ist, daß der unverhüllte Drang der Bonner Regierung nach Beteiligung an einer multilateralen Kernstreitmacht der NATO das Haupthindernis für die Entspannung in Europa bildet. Diese Haltung der Bonner Regierung konnte aber nicht verhindern, daß der Vorschlag Walter Ulbrichts ein tiefes Echo in Westdeutschland, in Westeuropa und in Übersee fand, ganz zu schweigen von der Welle von Zustimmungserklärungen aus der DDR selbst.

Einflußreiche westdeutsche Politiker, wie der Bundestagsvizepräsident Dr. Thomas Dehler, haben die unrealistische Politik der Bonner Regierung einer zum Teil scharfen Kritik unterzogen. Der bekannte englische Publizist Sebastian Haffner rät in einem politischen Gespräch mit dem Scharfmacher der CSU, Freiherrn von und zu Guttenberg, und anderen im zweiten Programm des westdeutschen Fernsehens, „mit einer Politik der Ignorierung, des Boykotts der DDR aufzuhören“. Auch „in der westlichen Welt“, erklärte Haffner, „verbreitet sich immer mehr die Meinung, daß zwei deutsche Staaten existieren. Es wächst eine Stimmung der Ungeduld: Wie lange sollen wir noch mit der Anerkennung der DDR und der Bundesrepublik als zwei Staaten warten?“

Es ist nicht minder aufschlußreich zu beobachten, wie die publizistischen Sprachrohre der Bonner Ultras auf eine solche Hinwendung zur Realität in der Deutschlandfrage reagieren. Die großbürgerliche „Deutsche Zeitung“ klagt am 27. Januar 1964: „Ein großer Teil der Publizistik ist in der jüngeren Vergangenheit abgerutscht. Was früher nur die äußerste Linke und nach dem KP-Verbot Frau Riemecks DFU verkündeten, kann man jetzt in den Kommentaren von Illustrierten und bürgerlichen Zeitungen lesen.“ Das beweist doch nur einmal mehr, daß die Ausstrahlungskraft der Abrüstungs- und Entspannungsbemühungen der Deutschen Demokratischen Republik immer breitere Kreise erfaßt und sie trotz des Störfeuers

der Bonner Ultras öffentlich die von ihnen für richtig erkannten Vorschläge des deutschen Friedensstaates unterstützen.

Der Vorschlag unseres Staatsratsvorsitzenden auf Abschluß eines Vertrages über umfassenden Kernwaffenverzicht zwischen beiden deutschen Staaten fand die besondere Zustimmung führender Abgeordneter der britischen Labour-Partei. Der Abgeordnete Marcus Lipton äußerte: „Die Zeit für eine atomwaffenfreie Zone in Europa ist gekommen. Walter Ulbrichts Vorschlag könnte die erste Phase sein. Es ist jetzt klar, daß es die Haltung der Bonner Regierung ist, die den Weg zu solch einem Abkommen versperrt.“ Konni Zilliacus bemerkt: „Westdeutschland hat zwar in seinem Bündnisvertrag mit dem Westen die Verpflichtung übernommen, niemals Atomwaffen zu produzieren. Die Tatsache, daß es Bonn jetzt abgelehnt hat, die von Walter Ulbricht vorgebrachten Vorschläge zu diskutieren, ist indessen verdächtig. Ich bin überzeugt, daß die Nichtanerkennung der DDR durch die Bonner Regierung und durch den Westen im allgemeinen eine Stabilisierung des Friedens in Europa unmöglich macht. Ich hoffe, daß unsere Partei, die Labour-Party, wenn sie an die Macht kommt, die Initiative für den Westen ergreifen wird, die Tatsache der Existenz der DDR anzuerkennen.“

Diese besonders günstige Reaktion in der Labour-Partei auf den jüngsten Vorschlag Walter Ulbrichts hat ihre besonderen Ursachen; denn die neue Initiative des Vorsitzenden des Staatsrates kommt weitgehend auch Vorstellungen entgegen, die seit längerer Zeit von der Führung der Labour-Partei – im Gegensatz zur Kernwaffenpolitik der rechten SPD-Führer – vertreten werden.

Das Schweigen des Bonner Regierungschefs auf den Brief unseres Staatsratsvorsitzenden mit dem Vorschlag einer zweiseitigen Vereinbarung über umfassenden Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten konnte nicht verhindern, daß dieser Vertragsentwurf offizielles Dokument des in Genf tagenden 18-Staaten-Abrüstungsausschusses wurde. Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik Georg Stibi übergab den beiden Kopräsidenten dieses Ausschusses, Zarapkin und Foster, eine „Erklärung der Regierung der DDR an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß“, welcher der Entwurf des Vertrages, den Walter Ulbricht am 6. Januar 1964 dem Bonner Kanzler übermittelt hatte, beigelegt war. Es gehört zu den Kuriositäten dieser Konferenz, daß sich der amerikanische Chefdelegierte gegen die Verbreitung des Dokuments der DDR und gegen die Behandlung des DDR-Vorschlages im Plenum des Ausschusses durch die Delegationsleiter sozialistischer Staaten wandte;

denn er und andere westliche Vertreter mußten sich vom sowjetischen Delegationschef Zarapkin den Vorwurf mangelnder Logik gefallen lassen, weil sie einerseits über Maßnahmen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen sprechen und andererseits wichtige Vorschläge zu diesem Thema außer acht lassen.

Einen ganz anderen Standpunkt nahmen dagegen die nicht-paktgebundenen Teilnehmerstaaten der Genfer Abrüstungskonferenz zum Erscheinen und zur Arbeit der DDR-Delegation ein. Deren Wortführer, der brasilianische Delegationsleiter, Botschafter Josue de Castro, erklärte nach einem Bericht der französischen Nachrichtenagentur AFP: „In dem Maße, in dem die ostdeutsche Delegation konstruktive Elemente und gültige Informationen liefern kann, ist sie ein nachahmenswertes Beispiel.“ Die westdeutsche Regierung ließ sich in Genf – zumindest bis jetzt – die Gelegenheit entgehen, ein ähnlich nachahmenswertes Beispiel zu liefern. Das würde der Bonner Regierung auch schwerfallen, da die Friedensstrategie der Deutschen Demokratischen Republik, ihr Kurs auf Entspannung und Verständigung, den Bonner Vorwärtsstrategen nicht in den Kram paßt. Um so schmerzlicher wird sie die sachliche Feststellung der großen französischen Nachrichtenagentur AFP berühren, die schreibt: „Eines kann man der DDR-Delegation in Genf nicht absprechen: die Abrüstungskonferenz mit der Realität des Deutschlandproblems konfrontiert zu haben. Man spricht von der DDR und ihrer Delegation sowohl in Europa als auch außerhalb des Kontinents.“

Wenn sich im Ergebnis der Abrüstungsbemühungen der sozialistischen Staaten nun, nach dem Erfolg des Zustandekommens des Moskauer Vertrages über einen Kernwaffenversuchsstopp in den drei Medien, weitere Teillösungen auf dem Wege zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung abzuzeichnen beginnen, so sind dafür nicht zuletzt, besonders in den USA, ökonomische Probleme maßgebend. Die Vereinigten Staaten können es sich angesichts ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten einfach nicht mehr leisten, Milliarden und aber Milliarden in einen sinnlosen Rüstungswettlauf zu investieren. Die friedliebenden Menschen der ganzen Welt begrüßen daher die im Zusammenhang mit der Kürzung des sowjetischen Verteidigungshaushalts für 1964 von Ministerpräsident Chruschtschow ergangene Aufforderung an die anderen Staaten zur Teilnahme an einer solchen Politik des gegenseitigen Beispiels.

Die zitierte Feststellung „Man spricht von der DDR, sowohl in Europa als auch außerhalb des Kontinents“ gilt nicht nur für Genf, trifft nicht nur auf die Frage der Abrüstung, sondern auf die ganze Breite und Vielschichtigkeit der deutschen Frage

zu. Immer mehr Regierungen und einflußreiche Persönlichkeiten erkennen die Notwendigkeit, zu verhindern, daß an der Nahtstelle der beiden größten Militärbündnisse der Welt weiter der Zündstoff eines atomaren Krieges angehäuft wird. Der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat führt daher seit Jahren einen geduldigen, von tiefem Verantwortungsbewußtsein um die Erhaltung der deutschen Nation erfüllten Kampf für eine friedliche Lösung der deutschen Frage. Er setzt seine Strategie des Friedens, die nationale Konzeption, der Bonner „Vorwärtsstrategie“ als der Inkarnation einer antinationalen und friedensfeindlichen Politik entgegen. Für dieses ehrliche Wollen der Staatsführung der Deutschen Demokratischen Republik sind bereits zahllose Dokumente zu ehernen Zeugen vor der Geschichte geworden. Ich denke dabei vor allem an den Konföderationsvorschlag in unserem Nationalen Dokument und an den Sieben-Punkte-Vorschlag, den Walter Ulbricht in seiner Rede auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entwickelte.

Erst in jüngster Zeit leitete der Vorsitzende unseres Staatsrates ein offenes deutsches Gespräch in einem Interview mit der westdeutschen Illustrierten „Stern“ ein. Schließlich unterbreitete Walter Ulbricht in seiner für die friedliche Lösung der deutschen Frage programmatischen Rede auf dem Festakt anläßlich des 45. Gründungstages der KPD weitere Vorschläge und gab der Überzeugung Ausdruck, daß es möglich sein sollte, „das Jahr 1964 zum Jahr der Annäherung und friedlichen Verständigung in Deutschland zu machen“. In diesem Zusammenhang forderte er zugleich den Abschluß eines Friedensvertrages, die Bildung einer neutralen Freien Stadt Westberlin, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mittel- und Nordeuropa und den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO- und Warschauer Vertrags-Staaten sowie den Beitritt beider deutscher Staaten zu einem solchen Pakt. In dieser Rede entwickelte Walter Ulbricht die Strategie und Taktik unseres Kampfes in Deutschland, die Linie unserer Politik, die das Ringen um eine friedliche Lösung der deutschen Frage für lange Zeit bestimmen wird.

All diese Schritte widerspiegeln die Grundsätze der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik und sind der Beweis für deren konsequente Anwendung in der außenpolitischen Praxis des deutschen Friedensstaates. Sie dienen der Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Generallinie der sozialistischen Außenpolitik gegenüber den nichtsozialistischen Staaten und dem obersten Erfordernis der Weltpolitik. Die Politik der friedlichen Koexistenz setzt – wie N. S. Chruschtschow einmal sagte – voraus, alle unge-

regelten strittigen Fragen ohne Gewaltanwendung, durch Verhandlungen und vernünftige Kompromisse zu lösen.

Wie der Verlauf der Weltpolitik zeigt, erfordert die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz einen harten Kampf all der Staaten, die sich nicht nur in Erklärungen zu ihr bekennen, sondern ihre Prinzipien bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu anderen Staaten konsequent anwenden. Die Möglichkeit der schrittweisen Durchsetzung der friedlichen Koexistenz im Verhältnis zu den imperialistischen Staaten wird darin sichtbar, daß die USA in der Dulles-Ära einfach eine Politik des Konflikts propagierten; heute versuchen sie ihre Ziele durch eine „zweiseitige Politik der Zusammenarbeit und des Konfliktes“ zu erreichen. Die Ursache dafür, warum eine Entspannung in Deutschland am schwierigsten zu erreichen ist, deckt Walter Ulbricht in seiner Rede vom 3. Januar 1964 auf. Er sagt: „In dieser gegenwärtigen Lage ist in Europa der deutsche Imperialismus mit Hilfe Frankreichs der Hauptträger des Konflikts. Denn nur die westdeutsche Regierung vertritt eine offen revanchistische Politik.“

Um so bedeutsamer ist der Hinweis des Vorsitzenden des Staatsrates in der außenpolitischen Grundsatzerklärung vor dem Diplomatischen Korps, daß der Prüfstein für den Charakter und die Politik der beiden deutschen Staaten ihre Einstellung zu der Frage, die heute die ganze Menschheit bewegt, der Frage der Abrüstung und der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen ist. Walter Ulbricht sagte: „Die friedliche Koexistenz hat besonders für die Bevölkerung der beiden deutschen Staaten größte Bedeutung; denn nur auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz ist es möglich, normale Beziehungen der beiden deutschen Staaten mit den anderen Völkern zu schaffen, die Abrüstung in Deutschland zu sichern und die Wiedervereinigung Deutschlands durch die friedlichen Kräfte der Bevölkerung beider deutscher Staaten herbeizuführen.“

Nachdem die herrschenden Kreise Westdeutschlands mit der Restaurierung des imperialistisch-militaristischen Systems in Westdeutschland begonnen, den westdeutschen Separatstaat gebildet und diesen fest in die NATO eingegliedert hatten, forcierten sie die Politik der Revanche und der Militarisation Westdeutschlands. Dadurch wurde die Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage. Die in Deutschland entstandene grundsätzlich neue Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß eine Wiedervereinigung infolge der aggressiven Politik und der antinationalen Konzeption der herrschenden Kreise Westdeutschlands als unmittelbare Aufgabe nicht mehr zu verwirklichen ist, durch die Einbeziehung Westdeutschlands in

die NATO die Existenz von zwei Staaten auf deutschem Boden zementiert wurde und sich in beiden deutschen Staaten unterschiedliche Gesellschaftsordnungen entwickelten.

Damit begann auch für beide deutsche Staaten, entsprechend der objektiven Gesetzmäßigkeit unserer Epoche, die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, zu wirken. Die Besonderheit besteht darin, daß zum erstenmal die Frage der friedlichen Koexistenz zweier Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf dem Boden einer gespaltenen Nation entstand. Daraus ergibt sich für den Inhalt der friedlichen Koexistenz der beiden deutschen Staaten, daß er nicht nur in der Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit bestehen kann, sondern die Schaffung der Voraussetzungen für die Annäherung und schließlich friedliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten zum Ziele haben muß.

Ausgehend von den allgemeinen Grundsätzen der friedlichen Koexistenz und den nationalen Bedingungen in Deutschland, sehen wir den wesentlichen Inhalt der friedlichen Koexistenz beider deutscher Staaten im Verzicht auf Krieg, Gewaltanwendung und Gewaltandrohung im gegenseitigen Verhältnis sowie gegenüber dritten Staaten, in der strikten Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, in der Regelung aller offenen Fragen durch Verhandlungen, in der Mitarbeit und Leistung eines eigenen Beitrages zur Abrüstung, in der Nichteinmischung in die Fragen der sozialen Ordnung und der friedlichen Beziehungen zu anderen Staaten, in der Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzens und schließlich im Ausbau der Zusammenarbeit bis zum Stadium der Konföderation beider deutscher Staaten unter Einschluß der Freien Stadt Westberlin mit dem Ziel ihrer Vereinigung.

Alle diese wesentlichen Erfordernisse für die friedliche Koexistenz der Staaten in Deutschland finden Sie in den Vorschlägen der Deutschen Demokratischen Republik zur friedlichen Lösung der deutschen Frage wieder. Sie verkörpern in ihrer Gesamtheit die schöpferische Anwendung der allgemeinen Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf die besondere Lage in Deutschland. Durch die Konföderation wird die Anwendung der friedlichen Koexistenz in Deutschland mit den nationalen Belangen des deutschen Volkes in Übereinstimmung gebracht. Die Konföderation ist die geeignetste und entfaltetste Form der friedlichen Koexistenz der deutschen Staaten und der einzig noch verbliebene Weg zur schrittweisen Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation.

Die Konföderation berücksichtigt, daß es sich bei den deutschen Staaten zwar um Staaten mit gegensätzlicher Gesellschaftsordnung, jedoch um Staaten mit gleicher Nationalität handelt. Die Konföderation wäre die völkerrechtliche Organisationsform, die ein Maximum an Verständigung über alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen, nationalen und internationalen Fragen ermöglicht. Hauptinhalt der Konföderation würde der friedliche Wettbewerb um den Nachweis der besseren Gesellschaftsordnung in Deutschland sein.

Es zeigt sich immer klarer, daß die Überzeugungskraft unserer Vorschläge zur friedlichen Lösung der deutschen Frage im nationalen und internationalen Maßstab ständig zunimmt. Die „Wehen des Umdenkens“ haben inzwischen Kreise ergriffen, die es noch vor einem Jahr für unter ihrer Würde hielten, von den Entspannungs- und Verständigungsbemühungen des deutschen Friedensstaates Notiz zu nehmen, geschweige denn, sich mit politischen Stellungnahmen dazu zu Wort zu melden. Besonders das offene deutsche Gespräch hat zu einer Bewegung in der Deutschlandfrage geführt. Es „rumort“ im Bonner Staat, wie es kürzlich der Chefredakteur der westdeutschen Zeitung „Die Welt“, Zehrer, sorgenvoll registrierte. Und dazu hat er auch allen Grund; denn Angehörige aller Bevölkerungsschichten, selbst maßgebliche Politiker der Parteien und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, fordern in wachsendem Maße, endlich die politischen Realitäten zu respektieren und von dieser Position aus eine neue Deutschlandpolitik des westdeutschen Staates, eine Politik der Vernunft und des guten Willens, zu entwickeln.

Welche Bedeutung dem Berliner Abkommen hinsichtlich der daraus für die westdeutsche Politik zu ziehenden Schlußfolgerungen beizumessen ist, zeigen Ausführungen des bekannten Publizisten Karl H. Flach in der „Frankfurter Rundschau“. Flach schreibt: „Krone, Barzel & Co. unterliegen einer groben Fehleinschätzung der Stimmung in der deutschen Bevölkerung, wenn sie glauben, sie könnten mit ihren Bremsversuchen politisch etwa gewinnen. Sie können höchstens den Erfolg des Kabinetts Erhard gefährden.“ Daran sollten verschiedene Bonner Politiker bei ihrer völkerrechtswidrigen Einmischung in die laufenden Passierscheinverhandlungen zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin denken und sich ihres unzulässigen Druckes auf den Senat von Westberlin enthalten.

Seit der internationalen Pressekonferenz vom 15. Februar weiß die Welt, wo die Störenfriede sitzen, die nicht wollen, daß die bewährte Regelung über die Ausgabe von Passierscheinen auf der Grundlage des Abkommens zwischen der Regierung

der DDR und dem Westberliner Senat vom 17. Dezember 1963 mit dem Ziele der Schaffung dauerhafter Vereinbarungen fortgesetzt wird. Diese Bonner Politiker liefern selbst den Beweis dafür, daß sie ihre revanchistische Politik über das menschliche Anliegen von Millionen Westberliner Bürgern stellen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dagegen ist gewillt, die komplizierten Verhandlungen zu einem guten Ergebnis zu führen. Wir hoffen, daß die Westberliner ihrem Selbstbestimmungsrecht doch noch Geltung verschaffen und ihre Freiheit gegen alle Einmischungsversuche von Bonn bewahren können.

Die wachsende Erkenntnis von der Realität zweier deutscher Staaten, die Bereitschaft, die Beziehungen zu beiden deutschen Staaten zu normalisieren und damit die friedliche Lösung der deutschen Frage im Interesse der Entspannung und der Sicherung des Friedens voranzutreiben, wächst in Europa und der übrigen Welt. Das beweisen die fruchtbaren Gespräche Walter Ulbrichts mit den französischen Parlamentariern, die erfolgreichen Verhandlungen unserer Regierungsdelegation in Südostasien ebenso wie die bemerkenswerten Äußerungen der demokratischen USA-Senatoren Wayne Morse und Claiborne Pell. Morse kritisierte die mangelnde Bereitschaft der Westmächte und besonders der Bonner Regierung zu Verhandlungen mit der DDR; Pell schlug vor, die USA sollten die DDR und die Oder-Neiße-Grenze de facto anerkennen.

Diese Entwicklung, dieser Prozeß des Umdenkens beweisen, daß die Autorität unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates als des Repräsentanten des friedliebenden Deutschland im weltweiten Maßstab ständig wächst, weil er in den Grundfragen unserer Zeit, in der Frage von Krieg oder Frieden, in der Frage der Abrüstung, in der Frage der friedlichen Koexistenz eine konsequente Politik der Entspannung, der Verständigung und der Freundschaft mit allen Völkern betreibt.

Zur Erhöhung des Ansehens der Deutschen Demokratischen Republik hat in besonderem Maße auch ihre Einstellung zur antikolonialen Befreiungsbewegung, ihre Haltung gegenüber den jungen Nationalstaaten Afrikas und Asiens und gegenüber den Nationalstaaten Lateinamerikas beigetragen. Die herrschenden Kreise Westdeutschlands lassen sich von der Tradition der imperialistischen Kolonialpolitik, unter raffinierter Anwendung neuer Methoden, leiten. Die jungen Staaten, die um ihre Befreiung von imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung ringenden Völker erkennen dagegen in der Deutschen Demokratischen Republik immer mehr den deutschen Staat, der für das unverbrüchliche Recht der kolo-

nial unterdrückten Völker auf Freiheit, Menschenwürde und ein nationalstaatlich selbständiges glückliches Leben eintritt.

Wesentliche Elemente der Gesamtheit der auswärtigen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik sind die Prinzipien zur Organisation der Handels- und internationalen ökonomischen Beziehungen. Sie finden ihren Ausdruck

- hinsichtlich der sozialistischen Staaten, insbesondere der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, in Verhältnissen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe, der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung, der Koordinierung, Kooperation und Spezialisierung,
- gegenüber den jungen Nationalstaaten in Verhältnissen, die dem sozialistischen Moralgebot der aktiven Solidarität und der Humanität entsprechen und damit bei der Überwindung der kolonialen Zurückgebliebenheit und der Erringung der vollständigen ökonomischen Unabhängigkeit helfen,
- gegenüber den neutralen und anderen Staaten in Verhältnissen der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils.

Im krassen Gegensatz zu den Grundsätzen der Außenhandels- und internationalen Wirtschaftspolitik des deutschen Friedensstaates steht der völkerfeindliche und völkerrechtswidrige westdeutsche Neokolonialismus aller Spielarten auf politischem, ideologischem, militärischem und besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Eine Politik des Embargos und der Diskriminierung, wie sie noch immer von einigen kapitalistischen Staaten im internationalen Handel praktiziert wird, ist der Deutschen Demokratischen Republik, die das Prinzip der Gleichberechtigung aller Staaten streng achtet, fremd.

Die konsequente Anwendung sozialistischer Prinzipien bei der Entwicklung der Außenhandels- und internationalen ökonomischen Beziehungen hat dazu geführt, daß die Deutsche Demokratische Republik bis heute mit 30 Ländern Regierungsabkommen, davon 17 mit kapitalistischen Staaten, abgeschlossen hat. Mit weiteren 17 Ländern bestehen Handelsvereinbarungen auf Kammer- bzw. Bankenebene. Die Regelung des Handels mit Westdeutschland ist dabei nicht berücksichtigt.

Der von Jahr zu Jahr steigende Umfang des Warenaustausches, die Erweiterung der ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit, die Mitarbeit in Institutionen der UN und in anderen internationalen Organisationen und nicht zuletzt die Verstärkung der internationalen Kon-

takte auf kulturellem und sportlichem Gebiet haben wesentlich zur Erhöhung des Ansehens der Deutschen Demokratischen Republik in der Welt beigetragen.

\*

Wenn der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer heute im VEB Farbenfabrik Wolfen zu einer öffentlichen Sitzung zusammentritt, so ist das nicht nur bedeutungsvoll als Ausdruck unserer politisch-moralischen Einheit, als Beweis für die Einheit zwischen Staatsführung und Werktätigen, sondern darin offenbart sich auch die Einheit von Ökonomie und Politik, die ganze Bedeutung der Lösung der ökonomischen Aufgaben für die Stärkung unseres Friedensstaates und die Durchsetzung seiner auf Entspannung, Verständigung und Völkerfreundschaft gerichteten Außenpolitik. Die Tatsache, daß unsere Beratung nur wenige Tage nach dem 5. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auf dem Walter Ulbricht in seiner Rede die Richtung unserer ökonomischen Politik für 1964 und darüber hinaus entwickelt hat, stattfindet, gibt ihr ein spezielles Gewicht.

Die Mitglieder des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten freuen sich besonders darüber, daß sie heute den Gedankenaustausch mit Werktätigen eines Chemiebetriebes führen können, eines Betriebes, der auf große Leistungen bei der Entwicklung seiner Produktion und der Organisierung seines Absatzes zurückblicken kann und dem Industriezweig angehört, der unter den führenden Industriezweigen unserer nationalen Wirtschaft den ersten Platz einnimmt. Walter Ulbricht betonte in seiner Rede auf dem 5. Plenum: „Chemie bringt Brot, wissenschaftlich-technischen Fortschritt, hohe Arbeitsproduktivität und Wohlstand für das ganze Volk.“

Auf der Grundlage des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse und des hohen Standes der Entwicklung der Produktivkräfte wurde durch die wegweisenden Beschlüsse des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die neue Etappe des umfassenden sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitet. Der Beginn der Veränderung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und die guten Fortschritte bei der Entwicklung des ökonomischen Denkens und des bewußten Arbeitens der Werktätigen sind das wichtigste Ergebnis seit dem VI. Parteitag. Aus den Erfahrungen, die im Laufe eines Jahres bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Parteitages, des Parteiprogramms und der Richtlinie für das neue ökonomische

System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft gesammelt wurden, leitete Walter Ulbricht die ökonomische Politik im Planjahr 1964 unter besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie ab.

Neben den allgemeinen Aufgaben, die sich für Ihren Betrieb aus den von Walter Ulbricht erläuterten und unter Berücksichtigung unserer Bedingungen weiterentwickelten Leninischen Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung ergeben, insbesondere aus der klugen Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und der raschen Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes der Produktion und der Erzeugnisse, erwachsen dem VEB Farbenfabrik Wolfen im Rahmen der Zielsetzung für die chemische Industrie bis 1970 besondere Aufgaben in den Schwerpunktproduktionsgruppen Farbstoffe sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel. Es kommt dabei nicht nur darauf an, die geforderten Mengen zu produzieren, sondern auch die Absatzorganisation zu vervollkommen, insbesondere die Exportwaren qualitäts-, sortiments- und termingerecht bereitzustellen. Denn die vorbildliche Erfüllung der Exportverpflichtungen schafft wichtige Voraussetzungen für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und für den planmäßigen Import von Produktionsmitteln, Halbfertigwaren und Rohstoffen. Sie trägt in hohem Maße zur weiteren Festigung des Ansehens der Deutschen Demokratischen Republik im internationalen Maßstab bei.

Die Werktätigen des VEB Farbenfabrik Wolfen haben in dieser Beziehung im vergangenen Jahr eine gute Arbeit geleistet; die Erfüllung des Exportplanes 1963 mit 109 Prozent nach DM-Betriebspreis macht dazu eine sachliche Aussage. Die in Vorbereitung des 5. Plenums durchgeführte Konferenz über Probleme des Absatzes und des Exports Ende Januar 1964 war ein wichtiges Forum des Erfahrungsaustausches, erbrachte viele kluge Gedanken und führte zur Festlegung konkreter Maßnahmen.

Sie haben die große Bedeutung der kollektiven Erarbeitung komplexer Absatzprogramme durch Vertreter der Außenhandelsunternehmen, der VVB und der Betriebe für eine perspektivische, wissenschaftlich fundierte Absatzsicherung erkannt. Von großer Bedeutung ist auch die Bildung von Exportkollektiven für die Schwerpunkt-Produktionsgruppen Farbstoffe, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel und Wofatite aus Mitarbeitern der Absatzabteilung, der Anwendungstechnik, des Produktionsbetriebes, der VVB und des zuständigen Außenhandelsunternehmens. Diese Verkaufskollektive haben sich bereits während der Leipziger Messe

bewährt; es ist an der Zeit, sie zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Sie fördern die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und entsprechen dem Wesen des neuen ökonomischen Systems.

Für die Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel hat auch die Eigengeschäftstätigkeit der Exportbetriebe eine große Bedeutung. In kollektiver Beratung zwischen VVB, Außenhandelsunternehmen und Betrieb sind entsprechende Festlegungen nach Waren und Ländern zu treffen bzw. bereits vorhandene Vereinbarungen mit dem Ziel der Erweiterung der Eigengeschäftstätigkeit zu überarbeiten. Kriterium muß sein, die Betriebe hinsichtlich solcher Waren und Länder Eigengeschäfte durchführen zu lassen, die eine Exportsteigerung erwarten lassen.

Ein echtes Problem, über das sich die Kolleginnen und Kollegen auf der Konferenz zu Fragen des Exports sehr ernste Gedanken gemacht haben, ist die Ermöglichung solcher Exportgeschäfte, die trotz vorhandener Kapazität, trotz bereitstehenden Materials, trotz Vorliegen eines festen Auftrages nur deswegen nicht durchgeführt werden können, weil Bestimmungen des mit dem betreffenden Land bestehenden Abkommens entgegenstehen. Selbstverständlich gibt es Gründe der Bilanzierung in den Handelsbeziehungen zwischen zwei Staaten, die zu beachten sind. Aber von seiten des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel sollte ein Hauptaugenmerk in den Abkommensverhandlungen auch auf eine größere Beweglichkeit in den Handelsabkommen gerichtet werden.

Ein wichtiges Mittel für eine sorgfältige und verantwortungsbewußte Vorbereitung der Leipziger Messe sind die Vorversammlungen, die zwischen VVB, Außenhandelsunternehmen und Betrieben organisiert werden. Es kommt darauf an, noch besser die Verwirklichung der getroffenen Festlegungen zu kontrollieren und vor allem nach der Messe eine gründliche Auswertung mit allen Beteiligten vorzunehmen.

Die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse, die in wenigen Tagen ihre Pforten öffnet, steht unter dem Motto „Technischer Fortschritt im Dienst des freien internationalen Handels“. Die Messeleitung erwartet Aussteller aus rund 60 Ländern der Erde und Einkäufer aus 90 Ländern. Aus den sozialistischen Staaten kommen etwa 25 000 Kaufleute, Ingenieure, Wissenschaftler und andere Experten; mit ebenso vielen Einkäufern und Besuchern ist aus dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet zu rechnen. Rund 900 000 Exponate werden in 60 Branchengruppen vorgestellt. Einen wichtigen Platz nehmen dabei die Spitzenerzeugnisse der Chemie und anderer führender Industriezweige ein. Die große kommerzielle Bedeutung der Leip-

ziger Messe ergibt sich aus der Tatsache, daß die Deutsche Demokratische Republik auf den beiden Leipziger Messen im Vorjahr Verträge im Werte von mehr als sieben Milliarden DM abgeschlossen hat.

Die Leipziger Messe hat aber auch eine hervorragende Bedeutung als Zentrum weltweiter Ost-West-Begegnungen; diese gilt es zu nutzen, um die Atmosphäre für weitere Entspannungsmaßnahmen, welche die friedliebende Menschheit erhofft, günstig zu beeinflussen. Die Leipziger Messe wird auch das offene deutsche Gespräch weiter fördern und im Sinne der Vorschläge des Vorsitzenden unseres Staatsrates durch Festigung und Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin zur Annäherung und friedlichen Verständigung in Deutschland beitragen.

Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Volkammer hofft, daß die heutige Beratung dazu beiträgt, die Notwendigkeit der Einheit von Ökonomie und Politik noch stärker in das Bewußtsein aller Werktätigen zu rücken und sie so zu befähigen, unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat als Macht des Friedens in Deutschland und Wahrer der nationalen Interessen unseres Volkes zu stärken. Jeder Werktätige hat die hohe Verpflichtung, durch vorbildliche Leistungen am Arbeitsplatz als guter Diplomat unserer Deutschen Demokratischen Republik Mitträger und Mitverantwortlicher bei der Durchsetzung der friedlichen, im Interesse der ganzen deutschen Nation liegenden Außenpolitik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates zu sein.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lijje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 97 Walter Bredendiek: Die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913



- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit  
unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut - Die amerikanischen  
„Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung  
im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in  
unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig  
organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert  
und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse

Verkaufspreis 0,50 DM - Doppelheft 1,- DM